

Deutschland.

O. K. C. Reichstags-Verhandlungen.

14. Sitzung des norddeutschen Reichstages. (28. Mai.)

Eröffnung 10 1/2 Uhr. Bei Beginn der Sitzung sind 90 Mitglieder anwesend. — Am Tische der Bundes-Commissarien Delbrück, Pape, Graf Eulenburg.

Die Specialdebatte über das Gesetz, betreffend die Aufhebung der Schulhaft steht bei § 2, den die Commission durch Einföhrung der geordneten Worte dahin amendirt hat: „Die gesetzlichen Vorschriften, welche zur Sicherung der Einleitung oder Erledigung des Verfahrens, einschließlich des Executionsverfahrens, den Personal-Arrest gestatten (Sicherungs-Arrest), bleiben unberührt. Es gilt dies insbesondere von den Vorschriften über den Sicherungs-Arrest gegen Nichtangehörige des norddeutschen Bundes, zu dem Zwecke, den Gerichtsstand gegen dieselben zu begründen und die Vollstreckung der Urtheile in ihr Vermögen zu sichern.“

Statt dessen beantragten Lasker und Windthorst folgende Fassung: „Die gesetzlichen Vorschriften, welche den Personal-Arrest gestatten, um die Einleitung oder Fortführung des Processverfahrens oder die gefährdete Execution in das Vermögen des Schuldners zu sichern (Sicherungs-Arrest) bleiben unberührt.“

Referent Lefse: Die Commission habe das Gesetz so gefasst, daß der Richter auch nicht den geringsten Zweifel mehr haben könne über die rechtlichen Folgen der gesetzlichen Bestimmungen. Bei der Aufhebung der Schulhaft habe man es für durchaus nöthig gehalten, den Personal-Arrest als Arrestmittel zur Sicherung der Execution beizubehalten, sobald nachgewiesen wird, daß Vermögen vorhanden ist, der Schuldner dasselbe aber bei Seite bringen will, z. B. durch Auswanderung u. s. w. Vermögenlose Schuldner zur Haft zu bringen, sei nicht mehr möglich. In der Commission seien nun hervorgehoben, daß gegen Ausländer noch eine besondere Sicherung nöthig sei, da die Gläubiger diesen gegenüber in viel ungünstiger Lage wären, als den Inländern gegenüber, da es viel schwieriger sei, dieselben vor den Gerichten in Anspruch zu nehmen. Man habe jedoch nicht geglaubt, besondere Ausnahmen in dieser Beziehung herstellen zu dürfen, wie es der Abg. v. Blandenburg gewünscht, sondern, daß der Sicherheits-Arrest, wie man ihn für Inländer beibehalten wolle, auch hier genüge. — Man habe jedoch im Gesetze besonders hervorgehoben, daß die Bestimmungen auch für Ausländer gelten sollten, um gar keinen Zweifel darüber obwalten zu lassen.

Das Amendement Lasker sei nämlich vom Commissions-Antrage nicht verschieden; es ist nur der Schlußsatz weggelassen, in welchem die Zulassung des Sicherheits-Arrestes gegen Fremde noch besonders hervorgehoben ist. Es verheißt sich dies allerdings von selbst, und er stelle deshalb anheim, das Amendement Lasker statt des Commissions-Antrags anzunehmen, obgleich die Fassung des letzteren bestimmter sei.

Abg. Reichenperger (gegen den Commissionsantrag): Der Vorschlag der Commission führt unter dem Titel „Sicherheitsarrest“ die Schulhaft, die durch § 1 aufgehoben sein soll, wieder an. „Sicherheitsarrest“ ist überhaupt gar kein gesetzlicher Begriff und schwer zu definiren; er ist schließlich nichts anderes als Executionsarrest überhaupt; aber noch unrichtiger, da der Executionsarrest erst nach rechtskräftigem Urtheile, der Sicherheitsarrest aber schon vorher vollstreckt wird. Personalarrest zur Erzwingung des Manifestationseides aber ist durchaus verwerflich. Es ist dies nichts weiter, als eine Verführung zum Meineide. (Auf: ob!) Der Herr Regierungs-Commissar Pape hat selbst in einer Sitzung des Abgeordnetenhauses dies mein Urtheil bestätigt, durch die Mittheilung, daß bei 5–6000 Fällen, in denen der Manifestationseid abgenommen worden ist, auch nicht ein Vermögensobject vom Schuldner angegeben worden ist. Daß hierbei Meineide geleistet sind, liegt auf der Hand. Ich bitte § 2 zu streichen.

Abg. Müller (Stettin) bittet, den § 2 im Interesse des Handelsstandes aufrecht zu erhalten. Die Rücksicht auf den Verkehr mit Ausländern mache diese Abweichung vom strikten Princip gegenüber bestehenden Verhältnissen, die Schonung verlangen, zur Nothwendigkeit. Das Exportgeschäft der Grenzprovinzen und der Meßverkehr werde sonst durch Erschütterung der bisherigen Creditverhältnisse außerordentlich leiden.

Abg. Twesten (gegen den Commissionsantrag) bittet, den § 2 der Commission nicht anzunehmen, da kein Richter wissen würde, was er damit anfangen soll. Derselbe sehe entschieden im Widerspruch mit § 1. Die Personalhaft, um das Verfahren sicher zu stellen, sei nur eine Art des Personalarrests, um die Zahlung zu erzwingen; dieselbe sei noch bedenklicher, weil ein richterliches Urtheil nicht vorliege, der Arrest also auf Grund einseitiger, möglicherweise ganz unrichtiger Thatsachen vollstreckt werde. Es sei deshalb ganz principlos, eine solche Ausnahme zu statuiren. Sie sei außerdem ganz zwecklos. Will man den Sicherheitsarrest nur zur Begründung des Verfahrens, so ist dazu nicht nöthig das Festhalten der Person des Schuldners, es genügt vielmehr die Beschlagnahme seiner Effecten. (Abg. Lasker ruft: „Ja, wenn er welche hat.“) „Wenn er welche hat“, ruft Herr Lasker. Nun, wenn ich nicht einmal weiß, wo mein Geschäftsfreund wohnt und ob er überhaupt Vermögensobjecte hat, so lasse ich mich gar nicht mit ihm ein. So weit erklundert man sich doch nach seinem Geschäftsfreunde, daß man weiß, wo er seine Effecten hat. — Die Regierungsvorlage ist denn doch wenigstens consequent; in den Motiven wird gesagt, daß der Sicherungsarrest bloß zur Einleitung des Verfahrens dummest Zeug sei; sie will deshalb den Sicherheitsarrest bis zur Erledigung des Verfahrens; das ist aber dann gar nichts weiter, als der Executionsarrest, der ja aufgehoben werden soll. — Will die Commission eine solche Beschränkung aufrecht erhalten, so muß sie es wenigstens nicht so unklar ausdrücken, wie es geschieht; sie hätte specialisiren müssen, unter welchen Bedingungen und wie lange der Arrest zulässig ist. — Was man zur Beschränkung der Beschränkung vorgebracht hat, daß der Arrest gegen wirklich Vermögenslose nicht vollstreckt werde, ist illusorisch; denn wie soll z. B. ein Fremder glaubhaft nachweisen, daß er vermögenslos ist?

Nach alledem ist der Sicherheitsarrest nichts anderes, als ein Personalarrest, nur in etwas anderer Form; man will hier durch eine Hinterlist wieder einführen, was im § 1 aufgehoben ist. Will man den Sicherheitsarrest nicht aufheben, so möge man den Personalarrest überhaupt beibehalten lassen. Es geht aber hier, wie bei vielen anderen Gesetzen. Im Principe sind alle dafür; in einzelnen Fällen aber will man immer kleine Ausnahmen machen; jeder möchte gern seinen Gläubiger fassen können; in den Provinzen, den Meß- und polnischen Juden u. s. w. Dies sind kleinliche Rücksichten, die gegen das große Princip nichts bedeuten dürfen. Wenn man durch den Sicherheitsarrest sich nur gegen Fremde sichern will, so mag man dies ausdrücklich aussprechen, wie v. Blandenburg es gethan hat. Es widerstrebt aber dem heutigen Geiste des Völkerrechts und der ganzen Gesetzgebung, gegen Fremde andere Bestimmungen gelten zu lassen, als gegen Einheimische. — Die Bestimmung des § 2, wie sie Abg. v. Blandenburg vorschlägt: „Die Personal-Execution gegen Fremde ist nur in dem Falle zulässig, wenn diese, in dem Heimathlande derselben gegen Angehörige des norddeutschen Bundes noch Anwendung findet“, ist schon zweckmäßig, ist wohl auch gerechtfertigt; die Commissionsfassung wie den Antrag Lasker bitte ich aber abzulehnen. — Auch hier tritt wieder, wie bei unserer ganzen Gesetzgebung der letzten Zeit, der Mangel hervor, daß weder der Bundesrath noch die Commission genügende Material vorgelegt hat, um die Tragweite des Gesetzes in seinem Verhältnisse zu der Processgesetzgebung anderer Länder u. s. genau übersehen zu können. — Redner bittet zum Schluß, den § 2 ganz abzulehnen, event. aber höchstens in der Fassung v. Blandenburgs zu übernehmen.

Bundescommissar Pape sucht in eingehender Behandlung nachzuweisen, daß die Behauptung des Abg. Twesten, wonach die Schulhaft mit dem Sicherheitsarrest zusammenfalle, eine irrige sei. Der Sicherheitsarrest solle nur dazu dienen, gewisse processualische Handlungen zu ermöglichen und sei in vielen Fällen z. B. zur Begründung des Gerichtsstandes, zur Ermöglichung der Fortführung eines unabhängigen Processes, namentlich beim Concursverfahren, als Mittel der Anerkennung und Befolgung gerichtlicher Anordnungen durchzuführen von der größten Wichtigkeit. Für absolute Aufhebung des Sicherheitsarrestes habe sich unter sämtlichen eingeholten Gutachten kein einziges ausgesprochen, in Oesterreich habe man ihn bei Aufhebung der

Schulhaft in vollem Umfange aufrecht erhalten, und der hauptsächlichste, dagegen gemachte Einwand, daß man dadurch einen Unterschied zwischen Ausländern und Inländern schaffe, sei durchaus unrichtig. Einen solchen Unterschied würde er selbst in dem Geiste auf das Entschiedenste bekämpfen, um so mehr, als sowohl Oesterreich, wie Frankreich jede derartige Schranken hätten fallen lassen. Die Befürchtung, daß man aus dem Sicherheitsarrest eine neue Schulhaft machen werde, könne nur Derjenige sagen, welcher glaube, daß die Gerichte eine Auslegung versuchen würden, die sowohl dem Wortlaute des § 2 wie der Bedeutung und dem Sinne des ganzen Gesetzes widerspräche. Er bitte deshalb, im Sinne der Vorlage zu stimmen, und die beantragten Zusätze als entbehrlich abzulehnen.

Abg. Wagner (Altenburg): Die Schulhaft gegen Ausländer aufrecht zu erhalten ist unmöglich, wenn wir dieselbe für Inländer aufheben. Anders verhält es sich mit dem Personalarrest. Dieser richtet sich gleichmäßig gegen Ausländer wie gegen Inländer, wenn er auch seiner Natur nach in den Grenzdistricten mehr gegen die Exiten zur Anwendung gebracht werden wird. Ein solches Sicherheitsarrestes kann keine Gefährdung entbehren, und das österreichische Gesetz hält denselben in größerem Umfange aufrecht als die Vorlage. Ich bitte Sie, den § 2 anzunehmen, den Antrag Windthorst und Lasker aber abzulehnen.

Referent Lefse wendet sich gegen Reichenperger und Twesten und bittet, den § 2 anzunehmen, um nicht das ganze Gesetz zu gefährden, denn er glaube kaum, daß der Bundesrath nach Aufhebung des Sicherheitsarrestes die Vorlage noch aufrecht erhalte werde.

Darauf wird der Antrag Lasker und Windthorst mit großer Majorität angenommen und somit die Fassung des § 2 der Vorlage beseitigt. Die übrigen §§ werden ohne Debatte genehmigt.

Abg. Lasker beantragt einen Aufzussatzparagraphen, daß das Gesetz sofort mit seiner Publication im Bundesgesetzblatte in Kraft trete. Viele Gläubiger würden die Zwischenzeit noch benutzen gegen ihre Schuldner die Haft vollstrecken zu lassen, wie sich schon jetzt die Anträge auf Personalarrestation wesentlich vermehrt hätten. Dies widerspreche sowohl der öffentlichen Anschauung wie dem sittlichen Inhalte des Gesetzes, und deshalb möge man die sofortige Geltung des Gesetzes beschließen.

Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Abg. v. Blandenburg zieht seinen Entwurf zurück, morauf das ganze Gesetz in der vorher genehmigten Fassung fast einstimmig angenommen wird. (Dagegen u. A. die Abga. Scherwin und Meyer (Bonn).)

Es kommt schließlich die vom Abg. Schulze beantragte Resolution zur Discussion: „Den Bundesrath aufzufordern, dem Reichstage in der nächsten Session einen Gesetz-Entwurf vorzulegen, worin das unbefristete Verbot jeder Beschlagnahme noch nicht verdienter Arbeits- und Dienstlöhne im Executions- und Arrestwege ausgesprochen wird.“

Ref. Lefse: Bereits 1861 hat das preussische Abgeordnetenhaus die in der Resolution ausgesprochene Ansicht zu der seinigen gemacht, und 1865 wurde eine ähnliche Resolution Wagners fast einstimmig angenommen. Auch der nächste Juristentag wird sich mit dieser Frage beschäftigen und hat bereits mehrere bedeutende Juristen aufgefordert, ihr Gutachten abzugeben. Bedenklich erscheint mir nur die bestimmte Fassung der vorliegenden Resolution; ich wünsche sie dahin modificirt, daß der Bundesrath aufgefordert würde, in der nächsten Session einen Gesetzesentwurf zu machen, welcher im Sinne der früher gefassten Resolution die Zulässigkeit einer Beschlagnahme von Arbeitslöhnen aufhebt.

Abg. v. Vernuth: Auf der Tagesordnung steht von dem Antrage des Abg. Schulze nichts. Derselbe ist ein durchaus selbstständiger und hat mit dem so eben angenommenen Gesetzentwurf nichts zu thun. So sehr ich ihm in seinem Inhalte nach billige, halte ich mich doch nicht für berechtigt, darüber jetzt zu verhandeln.

Präsident Simson bedauert, daß der Vorredner seine Bedenken gegen die gefällige Behandlung nicht geltend gemacht, und constatirt, daß das Haus in unzähligen Fällen in der von ihm vorgeschlagenen Weise verfahren habe.

Der Abg. v. Vernuth läßt in Folge dieser Erklärung seine Bedenken fallen.

Abg. Dr. Walbed: Die Möglichkeit, den noch nicht verdienten Arbeitslohn eines Arbeiters mit Beschlagnahme zu belegen, ist für diesen schlimmer, als der gegen ihn besetzte Personalarrest. Es wird dadurch ein Hinderniß in das Verhältniß zwischen Arbeiter und Arbeitgeber eingebracht, das absolut unzulässig ist und wodurch man dem Gläubiger ein Recht giebt, sich die Arbeitskraft seines Schuldners, durch die derselbe seinen Unterhalt zu erwerben angewiesen ist, dienbar zu machen. Einer der humansten Fabrik-Unternehmer, der verstorbene Abg. Reichenheim, erklärte damals, als die Frage im preussischen Abgeordnetenhaus verhandelt wurde, daß er, falls man den Arbeitslohn eines seiner Arbeiter vorweg mit Beschlagnahme belegen würde, im Interesse des Arbeiters selbst diesen entlassen wolle. Doch nicht nur jede gesunde wirtschaftliche Theorie, auch das Rechtsprincip wird durch eine solche Beschlagnahme noch nicht verdienter Arbeitslöhne verletzt. Die Frage wurde im Jahre 1847 processualisch entschieden, indem ein Kaufmann mit seiner Arrestfalle gegen einen Arbeitgeber abgewiesen wurde. In den Gründen des Erkenntnisses wurde ausgeführt, daß eine Beschlagnahme noch nicht verdienter Löhne unzulässig sei, da der Arbeitgeber jeden Augenblick das Recht habe, den Arbeiter zu entlassen, und zu einer solchen Maßregel geradezu gezwungen sei, wenn dem Arbeiter die nöthigsten Subsistenzmittel entzogen würden. Für den Vorschlag, den Lohn nur bis zu einem gewissen Theile im Voraus mit Beschlagnahme belegen zu dürfen, kann ein rechtlicher Grund eben so wenig angegeben werden, wie bei der ganzen Höhe des Lohnes und auch in wirtschaftlicher Beziehung stehen dieselben Gründe entgegen. Da das Object der Arrestfalle niemals die Höhe von 20 Thalern erreicht, so kann eine Entscheidung des Ober-Tribunals nicht herbeigeführt werden. In Folge dessen beobachten die verschiedenen Gerichte ihre verschiedene Praxis, bei welcher sie je nach der Rechtsanschauung, die sie einmal ausgesprochen, stehen bleiben. Eine gesetzliche Regelung der Sache ist deshalb nöthwendig, und ich bitte, dieselbe nicht — wie der Abg. Lefse vorschlägt — auf die lange Bank zu schieben, sondern dieser Forderung der Gerechtigkeit so bald als möglich zu entsprechen. (Beifall.)

Abg. Dr. Friedenthal dankt dem Antragsteller für die Resolution, welche in voller Connerität mit der Aufhebung der Schulhaft stehend, die Arbeitsfreiheit schätze. Er widerlegt die von dem Referenten vorgeschlagene Modification. Letzterer habe übersehen, daß der Antrag des Abgeordnetenhauses die Beschlagnahme aller Arbeits- und Dienstlöhne zum Gegenstande gehabt habe, während die Schulheische Resolution nur die noch nicht verdienten betrefte.

Hiernach enthalte der Vorschlag des Referenten nicht nur eine Abschwächung der so eminent nützlichen Sache, sondern eine Verächtlichmachung des gegenwärtigen Zustandes, denn es sei, wie ja Abg. Walbed nachgewiesen, ein juristisches Non sens, noch nicht verdienten Löhne zu arrestiren; ein Non sens, von dem man kaum begreifen könne, wie es in der Praxis der Gerichte feststehen konnte. Lasse man nun eine solche Beschlagnahme unter Beschränkungen zu, so erhebe man den Mißbrauch unter Bedingungen zum Gesetz. Darin liege der Werth der Resolution, daß sie diesen Mißbrauch unbedingt verbieten und sofort beseitigen wolle. Der Annahme der Resolution werde der Dank der Landwirtschaft und Industrie, der Arbeitgeber und Arbeiter folgen.

Abg. Blandenburg: Als im Jahre 1863 der heute vorliegende Antrag vom Abg. Wagner gestellt wurde, forderte der Abg. Walbed seine Parteigenossen auf, trotzdem für den Antrag zu stimmen. So bitte ich Sie (nach rechts) heute, sich an dem Namen des Antragstellers nicht zu stoßen. Wenn die Fortschrittspartei mit einem Antrage kommt, den die Reaction schon 5 Jahre vorher gestellt hat, dann muß es doch sicher etwas Gutes sein. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie deshalb, ohne Rücksicht auf den Vorschlag des Referenten der Resolution einstimmig beizustimmen.

Abg. Schulze: Durch die jetzt bestehende Möglichkeit, noch nicht verdiente Arbeitslöhne mit Beschlagnahme zu belegen, wird dem Arbeiter jeder Sporn zur Arbeit genommen, da er sich jede Frucht derselben entzogen sieht; einen solchen Zustand halte ich deshalb für gefährlicher, als selbst die Entziehung der Freiheit, deren Aufhebung Sie soeben beschlossen haben. Die einzige Furcht, die man gegen die Annahme meiner Resolution geäußert hat, ist die, daß man gerade den unbedürftlichsten Klassen, die den Credit am nöthigsten brauchen, denselben entziehen würde. Ich kann diese Furcht nicht theilen, es

würde dem Credit nur seine gesunde Basis wiedergegeben werden, deren er jetzt entbehrt. Der Kaufmann oder Arbeiter hat jetzt den Arbeiter, dem er borgt, vollkommen in Händen; der letztere ist ihm dienstpflichtig, er muß schlechte Waare nehmen und sich oft noch Sachen aufschwemmen lassen, die er gar nicht braucht. Wenn ein solcher Zustand aufhört und dadurch die Arbeiter immer mehr auf den gesellschaftlichen Credit hingewiesen würden, so wäre das ein Resultat meines Antrages, das ich nur mit Freuden begrüßen könnte.

Referent Lefse constatirt, daß er der Sache nach mit dem Antragsteller sich in vollkommener Uebereinstimmung befände, und da die von ihm vorgeschlagene Form nicht den Ansichten der Majorität zu entsprechen schien, so ziehe er seinen Vorschlag zurück. Die Resolution des Abg. Schulze wird hiermit einstimmig angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tages-Ordnung ist der Gesetzentwurf des Abg. Schulze, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Referent Dr. Beder (Dortmund). Der Entwurf schließt sich im Wesentlichen an den Wortlaut des preussischen Gesetzes an. Von den wichtigsten Abänderungen heben wir folgende hervor. Article 2 des § 8 des preussischen Gesetzes lautet: „Der Gewinn und Verlust wird in Ermangelung einer anderen Bestimmung des Gesellschaftsvertrages unter die Genossenschaft nach Köpfen vertheilt.“ Hierfür schlägt der Commissions-Entwurf die Fassung vor:

„In Ermangelung einer anderen Bestimmung des Gesellschaftsvertrages wird der Gewinn unter die Genossenschaft nach Höhe von deren Geschäftsanteilen vertheilt, ebenso der Verlust, soweit diese Anteile zusammen zu dessen Deckung ausreichen, wegen ein nach Aufopferung des Gesamtvertrages derselben noch zu bedeckender Rest gleichmäßig nach Köpfen der sämtlichen Genossenschaftern aufgebracht wird.“

Zu § 12 des preussischen Gesetzes, der von der solidariischen Haftung der Mitglieder handelt, hat die Commission den Zusatz beschlossen: „Die einer Genossenschaft beigetretenen Frauenspersonen können in Betreff der dadurch eingegangenen Verbindlichkeiten auf die in den einzelnen Staaten geltenden Rechtsvorschriften der Frauen sich nicht berufen.“

In § 50 des preussischen Gesetzes (Formalitäten bei einer Zahlungseinstellung) schaltet die Commission ein: „Die Liquidatoren sind berechtigt, gegen jede angemeldete Forderung, unabhängig von dem Vertreter (Curator, Verwalter) der Concursmasse Widerspruch zu erheben. Dieser Widerspruch hält die Feststellung der Forderung im Concurs und ihre Vertheilung aus der Concursmasse nicht auf.“

Als neu ist § 52 eingeschoben, welcher in dem Commissionsberichte als die wichtigste und folgenreichste Ergänzung des preussischen Gesetzes bezeichnet wird. Derselbe bezweckt eine Verminderung der Zahl der Prozesse und fördert vor, daß, wenn in einem Concursverfahren die Befassung der zur Deckung der Gläubiger wegen ihrer im Concurs erlittenen Ausfälle nach dem Beschlusse der Generalversammlung nicht innerhalb 8 Tagen auf freiwilligem Wege bereitgestellt ist, dann die executivische Zwangsumlage unter den Genossenschaftlern eintritt. Zugleich werden die Formalitäten dieses Verfahrens näher festgelegt.

Lefse und Lasker beantragen hierzu folgenden Zusatz: „Bis zur Beendigung dieses Verfahrens kommen ungeachtet der Auflösung der Genossenschaft, wie im Falle der Liquidation in Bezug auf die Rechtsverhältnisse der bisherigen Genossenschaft untereinander, wie gegen Dritte die Vorschriften des 2. und 3. Abschnittes dieses Gesetzes zur Anwendung.“

§ 53 (Verjährung der Klagen gegen die Genossenschaft) ist von der Commission gegen den entsprechenden Paragraphen des preussischen Gesetzes ausgesetzt: „Bei kündbaren Forderungen tritt die Kündigungsfrist der Verjährungsfrist hinzu.“

Lefse und Lasker schlagen vor, diesem Satz noch die Worte „ohne daß

gehindert zu sein braucht“ hinzuzufügen.

Endlich beantragen dieselben unter den Schlussbestimmungen hinter § 59 als einen besonderen Paragraphen folgende Bestimmung aufzunehmen: „In dem Vermögensstande einer in den bestehenden Genossenschaft wird durch deren Eintragung in das Genossenschaftsregister nichts geändert. Uebrigens ist eine Genossenschaft, welche die Rechte einer „eingetragenen Genossenschaft“ nicht in Anspruch nimmt, nicht genöthigt, sich unter das gegenwärtige Gesetz zu stellen.“

Referent Dr. Beder: Das vorliegende Gesetz ist fast ganz gleich dem preussischen und enthält Abänderungen nur in der Regulirung der Verhältnisse, in denen die Solidarihaft der Mitglieder zur Geltung kommen soll.

Zur Generaldiscussio meldet sich Niemand zum Worte, nur erklärt sich Abg. Schulze mit den Amendements einverstanden.

Präsident Delbrück billigt die Tendenz der Vorlage, ist aber nicht in der Lage, eine Erklärung abzugeben über die Stellung, die der Bundesrath zu den vorgenommenen Abänderungen des preussischen Gesetzes einnehmen werde. Auch zur Specialdiscussio spricht Niemand, der Gesetzentwurf der Commission sowie sämtliche Amendements werden im Einzelnen wie im Ganzen angenommen.

Während der Verhandlung über diesen Gesetzentwurf hat Vicepräsident Herzog von Ujest den Vorsitz übernommen.

Auf der Tagesordnung steht noch die Verhandlung über den Antrag Dr. Reinde (betr. die Einföhrung eines Verfassungsartikels, wonach dem Reichstage das Recht eingeräumt wird, Commissionen behufs näherer Untersuchung von Thatsachen einzusetzen. Bevor in die Berathung über denselben eingetreten wird, beantragt Abg. Dr. Reinde Auszahlung des Hauses behufs Constatirung der Beschlußfähigkeit. (Wir zählen in diesem Augenblicke im Hause 78 anwesende Mitglieder. Mehrere Abgeordnete der rechten Seite verlassen den Sitzungssaal, worauf nach Verlauf einiger Zeit derselbe sich etwas mehr zu füllen beginnt. Wir zählen nun 117 Mitglieder.)

Vicepräsident Herzog v. Ujest scheint dem Antrage auf Zahlung nicht Folge geben zu wollen, sondern verweist den Antragsteller auf die Schlussabstimmung, bei der sich ja die Beschlußfähigkeit oder Unfähigkeit des Hauses herausstellen werde.

Unterdessen stellt Abg. Lasker den Antrag auf Vertagung der Sitzung. Der Vicepräsident bemerkt dem Antragsteller, daß Anträge auf Vertagung schriftlich eingebracht werden müssen.

Präsident Simson nimmt den Präsidentenstuhl wieder ein. Der Vertagungsantrag, welcher jetzt schriftlich eingegangen ist, wird angenommen.

Eine längere Debatte entspinnt sich noch über den Tag der nächsten Sitzung. Präsident Simson schlägt mit Rücksicht auf die morgige militärische Festlichkeit, Donnerstag den 4. Juni, vor.

Abg. Schwerin bittet, schon auf Mittwoch eine Sitzung anzuberaumen, ein Antrag, welcher lebhaft von dem Abg. Evelt unterstützt wird. Für die meisten Mitglieder des Hauses sei die Zeit bis zum Donnerstag doch eine zu kurze, um nach Hause reisen zu können. Es empfehle sich eine Verschiebung der Sitzungen schon aus dem Grunde, weil manche Abgeordnete bereits eine Zeit von 1 1/2 Jahren ununterbrochen an parlamentarischen Verhandlungen theilgenommen. Zudem sei der Reichstag bereits 6 Wochen versammelt und habe erst 14 Sitzungen abgehalten.

Präsident Simson warnt das Haus gegen diese Kritik, man möge nicht vergessen, daß inzwischen das Zollparlament getagt habe.

Abg. Graf Schwerin bittet nochmals, bereits Mittwoch wieder zusammen zu treten. „Opfern wir diese schönen Frühlingsstage dem Wohle des Vaterlandes!“

Abg. v. Lud spricht gegen den Vorschlag des Abg. Schwerin; wolle man beschließen, so hätte man am Besten, nur die beiden Festtage auszusparen.

Abg. Hänel (Kiel) beantragt, die letzte Sitzung vor dem Feste am Sonnabend und die erste Sitzung nach dem Feste am Dinstag abzuhalten.

In der Abstimmung werden schließlich die Anträge des Abg. Hänel und des Abg. Graf Schwerin abgelehnt, womit der Vorschlag des Präsidenten angenommen ist.

Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag den 4. Juni 10 Uhr. 1) Gesetz, betreffend die Pensionirung ehemaliger schleswig-holsteinischer Offiziere. 2) Postvertrag mit der Schweiz. 3) Gesetz betreffend die Regulirung der Donaumündung. 4) Antrag Reinde.

— Berlin, 28. Mai. [Die heutige Sitzung des Reichstages] erledigte unter dem Eindruck der tropischen Hitze ihre umfangreiche Tagesordnung schneller als man hätte erwarten sollen. Nur die

Vorlage wegen Aufhebung der Schuldbast verurtheilt noch längere Debatte. Die angenommenen Verbesserungsanträge sind in der That als praktische Verbesserungen anzusehen und es ist kaum zu bezweifeln, daß der Bundesrath denselben zustimmen wird; fraglich bleibt, wie sich der Bundesrath zu der Resolution gegen Arrestschlag auf Arbeitslöhne verhalten wird. Wie man hört, ist auch hier Seilens des Bundesrathes Annahme zu erwarten. — Der Antrag Schulze-Delitzsch wegen Ausdehnung des preussischen Genossenschaftsgesetzes auf den ganzen Nordbund ist gar zu schnell abgewiesen worden, es war dies um so mehr zu bedauern, als der Antragsteller die Absicht hatte, die jetzt vorliegenden Genossenschaftsgesetze zu beleuchten und auf eine Zusammenfassung derselben wenigstens für größere Gebiete hinzuwirken. Die vorgeschlagene Ausdehnung der Anweisung vor Erledigung des Antrages Reinde auf Einsetzung von Commissionen zur Untersuchung von Thatfachen, führte schnell zum Schluß der Sitzung, und die Frage, ob die Pflingstferien bis Mittwoch oder Donnerstag währten sollten, zu einer längeren Debatte, die sich für den letztgedachten Tag entschied. Die Schleswig-Holsteiner, welche mit dem Festzug zu ihren Familien zurückgekehrt waren, hatten denselben nur in der Hoffnung verlassen, daß sofort das Gesetz wegen Pensionirung der Schleswig-Holsteinischen Offiziere zur Berathung gelangen würde.

Dresden, 28. Mai. [Eisenbahnanleihe.] Nachdem in der Eisenbahnfrage gestern Nachmittag zwischen beiden Kammern über alle Punkte ein Einverständnis erzielt worden, ist heute eine 4procentige Eisenbahnanleihe von 20 Millionen Thalern genehmigt, welche vom Januar 1869 ab successive zur Ausgabe gelangen soll. Bezüglich des Gesetzes über die Aufhebung der Todesstrafe ist keine Einigung erfolgt. Heute findet die letzte Sitzung in beiden Häusern statt; morgen verabschieden sich die Landtagsmitglieder vom Könige.

Österreich.

Wien, 28. Mai. [Unterhaus.] Bei der ersten Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Aenderung der Statuten der Nationalbank, erklärte der Finanzminister, die definitive Regelung der Bankfrage sei für jetzt nicht möglich, da eine Verhandlung mit dem ungarischen Ministerium vorangehen müsse. Es sei jedoch wünschenswerth, daß der Geschäftsumfang der Nationalbank einstweilen erweitert werde. — Abg. Winterstein reichte eine Petition der hiesigen Börsenkammer ein, worin das Haus gebeten wird, zu einer Reduktion der Zinsen der Staatsschuld seine Zustimmung nicht zu ertheilen und die Couponsbesteuerung auf das geringste Maß zu beschränken.

Provincial-Beitung.

— **Breslau, 29. Mai.** [Ankunft.] Se. kaiserlichliche Gnaden Dr. Heinrich Förster ist von seiner Inspections- und Firmungsreise gestern Nachmittag wieder hier eingetroffen und wird längere Zeit hier verweilen.

— **Breslau, 28. Mai.** Der Decernent für Gewerbe- und Eisenbahn-Angelegenheiten bei der Königl. Regierung zu Oppeln, Regierungs-Rath Giehne, ist an das hiesige Regierungs-Collegium versetzt worden.

— **Breslau, 27. Mai.** [Schwurgericht.] Auf der Anklagebank erschienen zuerst der Photograph Johann Michael Paul Schipke aus Breslau wegen wiederholten schweren Diebstahls im ersten Rückfalle. Derselbe betreibt ansehnlich gewerbemäßig stets nur eine Specie des Diebstahls, der darin besteht, daß er kleine Kinder an sich lockt und ihnen die mitgeführten Sachen abnimmt. Es ist dies ebenso bequem als mit Rücksicht auf die Personen der Verurtheilten rücksichtslos. Das Strafgesetz stellt dies aber auch dem schwereren Diebstahl gleich und droht im § 218 Nr. 5 Zuchthausstrafe bis zu 10 Jahren an. Der Angeklagte trat am 20. Januar c. den 7 Jahr alten Knaben Constantin Deyne auf der Stadtgasse an. Derselbe hatte mehrere in eine Schürze gepackte Gegenstände bei sich, welche er auf die Dreilindengasse tragen wollte. Der Angeklagte forderte ihn auf, zu einem Schuhmacher zu gehen, um ein Paar Stiefeln abzuholen, die schon bezahlt seien und nahm ihm bis zu seiner Rückkehr das Päckel ab. Als der Knabe in das Haus des Schuhmachers hineingegangen war, verschwand der Angeklagte mit den Sachen desselben; er verkaufte sie für 3 Sgr. und verbrauchte dieses Geld für sich. Ein ganz ähnliches Mährchen machte er mit dem Knaben Paul Obst, den er aus der Schule mit der Büchertafel nach Hause kommend auf dem Kränzelmart abtraf. Auch hier mußte der Schuhmacher mit Stiefeln herhalten, um dem Angeklagten den Besitz der Büchertafel nebst Inhalt zu verschaffen. Es gelang ihm jedoch nicht, dieselbe zu verkaufen, sondern er wurde bei dem Versuch von einem Polizeibeamten verhaftet.

In der mündlichen Verhandlung kam auch diesmal wie es gewöhnlich bei diesen Fällen stattfindet, die Frage zur Anregung, ob denn nicht Diebstahl nicht vielmehr Unterschlagung vorliege, da ja eine Uebergabe der Sachen durch die Knaben an den Angeklagten stattgefunden hatte, so daß dieser die Verpflichtung erhielt, die ihm anvertrauten Sachen dem Eigentümer zurückzugeben. Das oben citirte Gesetz bestraft aber nicht die Unterschlagung von Sachen, welche Kinder unter 12 Jahren bei sich führen, sondern die Entwendung.

Das Ober-Tribunal hat nun angenommen, daß, wenn Jemand schon, als er sich die Sachen übergeben ließ, die Absicht hatte, dieselben sich rechtswidrig zuzueignen, nicht Unterschlagung, sondern Diebstahl vorliege.

Der Angeklagte wurde durch die Geschworenen der Anklage gemäß ohne Annahme mildernder Umstände für schuldig befunden und zu zwei Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht auf gleiche Dauer verurtheilt.

Hierauf wurde eine Anklage wegen wiederholter Urkundenfälschung gegen den Sattler August Kirschner aus Klein-Zöllnig verhandelt. Derselbe hatte am 11. und 13. September a. pr. bei dem Gerbermeister Scheuch zu Bernstadt fälschlich mit der Unterschrift des dem Scheuch bekannten Carl Abmann aus Klein-Zöllnig verschiedene Zettel produced, worin um Verabfolgung von Ledernägen auf Credit gebeten wurde und hatte diese auch erhalten. Der Angeklagte wendete ein, daß er die Zettel nicht selbst gefälscht, sondern von einem Unbekannten erhalten und nur zur Erlangung von Credit bei Scheuch benutzt habe, mit der Absicht, die entstandene Schuld später zu tilgen. Diese Tilgung war jedoch gänzlich nicht erfolgt; auch leuchtete die Unwahrheit dieser in der Voruntersuchung erhobenen Einwände derart ein, daß er vorzog, in der mündlichen Verhandlung ein ausreichendes Geständnis abzugeben. Er wurde unter Annahme mildernder Umstände zu 4 Monaten Gefängnis, 10 Thaler Geldbuße event. noch eine Woche Gefängnis verurtheilt.

Die letzten beiden Verhandlungen waren ohne Interesse. Es wurden die Tagelöhner Johann Pius Hofrichter und Johann Carl August Werner, beide aus Breslau, wegen neuen schweren Diebstahls resp. schweren Diebstahls unter Annahme mildernder Umstände erster zu 1 Jahr Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht auf gleiche Dauer, letzterer zu 6 Monaten Gefängnis und den entsprechenden beider Ehrenstrafen, und der Tagelöhner Carl Weinert aus Deutsch-Hammer wegen verurtheilten neuen schweren Diebstahls, wobei mildernde Umstände ausgeschlossen wurden, zu 5 Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht auf gleiche Dauer verurtheilt.

Hiermit endete die fünfte Schwurgerichtsperiode dieses Jahres.

[Notizen aus der Provinz.] • **Liegnitz.** Wie unser „Stadtblatt“ meldet, beabsichtigt die hiesige Schützengilde zur bevorstehenden 30jährigen Jubelfeier eine kurze Geschichte der Gilde herauszugeben, mit deren Abfassung Hr. Dr. Sammler betraut worden ist.

+ **Bunzlau.** Der „Nied. Cour.“ erzählt: „Auch unser Forst ist von einem, zum Glück nicht sehr bedeutenden Waldbrand betroffen worden. Am 23. d. entstand im Revier Grafgrund aus bis jetzt nicht ermittelten Ursachen ein Waldfeuer, das den Bestand von ca. 12 Morgen vernichtete, ehe die Löschung erfolgte. Ein Mann, welcher das Feuer sah, da es noch eine geringe Ausdehnung hatte, aber selber etwas zu seiner Löschung that, noch am nächsten Orte Anzeige machte, wird zur Verantwortung gezogen werden und der wohlverdienten Strafe nicht entgehen. — Ein anderes Waldfeuer im sächsischen Forst wurde im Entstehen von einer Frau sofort mit lobenswerther Anstrengung unterdrückt.“

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.
Berlin, 29. Mai. Im gestrigen Zollbundesrath wurde ein Präsidialantrag eingebracht auf einen neuen Handelsvertrag mit Japan.

Der „Post. Ztg.“ zufolge ist die Publication des Schuldbestandes wahrscheinlich schon am Sonnabend zu erwarten.

Wien, 29. Mai. Die „Presse“ meldet: Der gestrige Minister-rath unter dem Vorsitz des Kaisers beschloß das Vermögenssteuer-projekt fallen zu lassen, und dem Minoritätsantrage des Budgetausschusses auf 20proc. Couponsteuer zuzustimmen. Den Majoritätsantrag auf 25procentige Zinsenreduction erklärte die Regierung unmöglich der kaiserlichen Sanction vorlegen zu können.

Stadelberg überreichte gestern dem Kaiser in besonderer Audienz sein Abberufungsschreiben; er reiste nach Paris ab.

Paris, 27. Mai. (Verspätet eingetroffen.) Der „Abendmoniteur“ schreibt in seinem Bulletin: Die Session des Zollparlaments ist durch eine Rede des Königs von Preußen geschlossen worden. Der König hat, indem er die Arbeiten der Versammlung durchging, auf die glücklichen Resultate hingewiesen, welche dieselben für den auswärtigen und innern Handel, für die Entwicklung des öffentlichen Wohlstandes und die Vereinfachung des Zollverfahrens im Zollverein haben müssen. Unter dem Ausdruck des Gedankens, daß die abgelaufene Session das gegenseitige Vertrauen der deutschen Bevölkerungen und ihrer Regierungen geträufelt habe, bezeugt der König seine Achtung vor den mit den verbündeten Regierungen abgeschlossenen und durch die verfassungsmäßigen Volksvertretungen Deutschlands ratificirten Verträge. Die Versammlung, heißt es weiter, hat sich nur mit staatswirtschaftlichen und commerciellen Fragen beschäftigt. Das Zollparlament läßt mithin den politischen Einfluß der Kammern der verschiedenen Staaten, welche zu dem Zollverein gehören, unberührt. Kraft des Vertrages vom 8. Juli 1867 kann das Zollparlament für seine Competenz nur Zolltarife, gewisse indirecte Steuern und Maße und Gewichte in Anspruch nehmen.

Paris, 27. Mai. Im Quartier latin haben sich die Ruhestörungen wiederholt. Für die Vorlesung des Professors Vulpian waren wieder polizeiliche Vorsichtsmaßregeln getroffen. Nach der Vorlesung zog ein Haufe Studenten vor das Palais des Senates, und wurde hier von Polizeibeamten angegriffen. Eine vorherige Aufforderung, sich zurückzuziehen, war nicht erfolgt. Die Studenten räumten den Platz; einer derselben war erheblich verwundet worden. Fast sämtliche Blätter tadeln, zum Theil in sehr scharfem Tone, das Einschreiten der Polizei.

Paris, 28. Mai. Der „Moniteur“ veröffentlicht zwei Briefe des Erzbischofs von Algier und des Kriegsministers Marschall Niel, beide vom 22. d. M. Der Erzbischof erklärt, keiner der von ihm aufgenommenen Arbeiter sei zwangsweise getauft worden. Die volle Freiheit bleibe denselben gewahrt. Er, der Bischof, fordere dagegen, daß man seine Rechte achte und ihm gestatte, für Waisen, Wittwen, Greise und Kranke Hilfe zu leisten. Der Kriegsminister erwidert: Er sei glücklich, zu constatiren, daß der Zwist zwischen dem Erzbischof und dem Generalgouverneur auf einem Mißverständnis beruhe. Allerdings müsse den Arbeitern die volle Gewissensfreiheit gewahrt bleiben. Die Regierung habe ihrerseits niemals daran gedacht, die bischöflichen Rechte einzuschränken zu wollen. Sie lasse dem Erzbischof freien Spielraum für die Ausdehnung und Verbesserung seiner Hilfe, und wolle ihm überdies das Recht einräumen, auf solchen Punkten, wo wie Eingeborenen es fordern, neue Anstalten zu gründen, unter der Bedingung, daß die vorgängige Genehmigung der Behörde eingeholt, und die für derartige Anstalten in Frankreich geltenden Gesetze und Regeln beobachtet werden. Der Minister dankt schließlich dem Erzbischof für den verständlichen Geist, mit welchem Letzterer diesem bedauerlichen Meinungsstreit ein Ende gemacht habe.

Plymouth, 27. Mai. Der preussische Vice-Consul im Hafen Callao de Lima, Merkel, ist am 18. April am gelben Fieber gestorben.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolff'sches Telegraphisches Bureau.)

Paris, 28. Mai, Nachm. 3 Uhr. Fest, doch unbehelt. Consols von Mittags 1 Uhr waren 94 1/2 gemeldet. Schluss-Course: 3proc. Rente 69, 65—69, 65. Italien. 5proc. Rente 51, 62 1/2. Defferr. Staats-Eisenbahn-Aktien 557, 50. dito ältere Prioritäten 260, 00. dito neue Prioritäten 257, 00. Credit-Mobil.-Aktien 286, 25. Lombard. Eisenbahn-Aktien 375, 00. dito Prioritäten 215, 00. 6proc. Ver. Staats-Anl. pr. 1882 81 1/2.

Paris, 28. Mai, Nachm. 1 Uhr. 50 M. [Bantausweis.] Vermehrt: Waarvorrath um 20 1/2, Portefeuille um 4 1/2, Notenumlauf um 2 1/2, Guthaben des Staats-Schatzes um 1 1/2, laufende Rechnungen der Privaten um 1 1/2 Millionen Francs. Vermindert: Vorräthe auf Werthpapiere um 1/2 Millionen Francs.

London, 28. Mai, Nachmittags 4 Uhr. Schluss-Course: Consols 94 1/2. 1proc. Spanier 37 1/2. Italien. 5proc. Rente 51 1/2. Lombarden 14 1/2. Mexicano 16 1/2. 5proc. Russen 85. Neue Russen 84 1/2. Silber 60 1/2. Türksche Anleihe von 1865 38 1/2. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 72 1/2. — In die Bank von England sind 154,000 Pfd. St. geflossen. Sehr schönes Wetter.

London, 28. Mai, Abends. [Bantausweis.] Notenumlauf 23,680,605. (Abnahme 244,465). Waarvorrath 12,290,652. (Zunahme 501,689). Notenservise 11,296,590. (Zunahme 753,880) Pfd. Sterl.

Frankfurt a. M., 28. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluss-Course.] Wiener Wechsel 101 1/2. Defferr. Reichsbank-Anleihe 52 1/2. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 77. Hess. Ludwigsbahn 130. Bayerische Prämien-Anleihe 101 1/2. 1854er Loose 63 1/2. 1860er Loose 70 1/2. 1861er Loose 87 1/2. Oberbayerische 74 1/2. Russ. Bodenkredit 80 1/2. — Fest und animirt.

Frankfurt a. M., 28. Mai, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 77 1/2. Credit-Aktien 191 1/2. Steuerfreie Anleihe 50 1/2. 1860er Loose 70 1/2. Englische Anleihe de 1859 61 1/2. Staatsbahn 258 1/2.

Wien, 28. Mai, Abends. [Abend-Börse.] Credit-Aktien 182, 80. Nordbahn —. 1860er Loose 80, 90. 1864er Loose 86, 00. Böhmische Westbahn —. Staatsbahn 255, 00. Galizier 195, 75. Steuerfreie Anlehen —. Napoleonsd'or 9, 32. Lombarden 173, 60. Ungarische Creditactien —. Markt und geschäftlos.

Lissabon, 28. Mai, Morgens. Der Dampfer „Shannon“ ist aus Rio de Janeiro heute Morgen 6 Uhr hierher eingetroffen. Der Cours auf London stand 18, auf Hamburg 960, auf Paris 530. Good first 9200 Reis.

Hamburg, 28. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen anhaltend flau. Weizen pr. Mai 5400 Pfd. netto 160 Bancothaler Br., 158 Gld., pr. Mai-Juni 144 Br., 143 Gld., pr. Juli-August 130 Br. und Gld., Roggen pr. Mai 5000 Pfd. Brutto 92 Br., 90 Gld., pr. Mai-Juni 87 Br. und Gld., pr. Juli-August 85 Br., 84 Gld. Hafer stille. Rüböl geschäftlos, loco 20 1/2, pr. Mai 20 1/2, per October 21 1/2. Spiritus still, 25 1/2 Br. Raffee ruhig. Zink fest. — Sehr schönes Wetter.

Liverpool, 28. Mai, Mittags. Baumwolle: 10,000 Ballen Umay, Bessere Frage. New-Orleans 11 1/2. Georgia 11 1/2. Fair Dholerab 9 1/2. Middling fair Dholerab —. Good middling Dholerab 8 1/2. Bengal 8 1/2. Good fair Bengal —. Fine Bengal —. New fair Domra 9 1/2. Good fair Domra 10 1/2. Bernam 11 1/2. Egyptische 12 1/2. Smyrna 10. Orleans schwimmend 11 1/2. Schwimmende Amerikaner —. Savannah —. Mobile —. Domra April-Versicherung —.

— 28. Mai. (Schlussbericht.) Baumwolle: 10,000 Ballen Umay, davon für Speculation und Export 2500 Ballen. Stimmung sehr fest.

Liverpool, 28. Mai. (Schluss-Notirungen.) New Orleans 11 1/2. Georgia 11 1/2. fair Dholerab 9 1/2, middling fair Dholerab 8 1/2, good middling Dholerab 8 1/2, Bengal 9 1/2, good fair Bengal 9 1/2, New fair Domra 9 1/2, good fair Domra 9 1/2, Bernam 11 1/2.

New York, 28. Mai, Abends 6 Uhr. Wechsel auf London 110 1/2. Goldagio 39 1/2. Bonds 111 1/2. 1885er Bonds 119 1/2. 1904er Bonds 105 1/2. Illinois 149. Erie 72 1/2. Baumwolle 30 1/2. Petroleum 29 1/2. Wehl 9, 50. Savannah, 28. Mai. Unverändert.

Glogau, 28. Mai, Vorm. 9 Uhr. Bis jetzt hind 700 Ctr. Woll am Markt; weitere Zufuhren sind unterweg. Es sind nur wenige Käufer, meistens Händler. Das Geschäft ist noch leblos. Producenten verlangen höhere Preise als bei dem vorjährigen hiesigen Wollmarkt. (Telegr. Dep. der Bresl. Ztg.)

Brieg, 28. Mai. [Wollmarkt.] Auf dem heutigen Wollmarkt wurden ca. 180 bis 200 Ctr. Russischwolle zum Verkauf gestellt; von Dominial-

wollen war Nichts vorhanden. Kaufsult im Anfang matt, weil durchweg die Wollen schlecht waren. Zum Schluss ging der Markt durch Entgegenkommen der Käufer etwas lebhafter, so daß fast 1/2 der Woll verkauft wurde; man zahlte für Russischwollen 62—65 Thlr. (Schlef. Ztg.)

Berlin, 28. Mai. Die Börse zeigte heute wieder etwas mehr Festigkeit und ließ sich durch die heranrückende Ultimo-Abwicklung darin nicht stören, nur auf Franzosen schien diese einigermaßen drückend zu wirken. Ein befriedigender lebhafter Handel entwickelte sich in Amerikanern, auch erhöhte sich die Notiz, den besseren Newporer Notirungen folgend. Italiener, Lombarden, Franzosen, Credit und 1860er Loose zeigten sich ziemlich belebt und mit Ausnahme von Franzosen blüht preisbehaltend, ja vereinzelt selbst unbedeutend anziehend. Badische und bayerische Prämien-Anleihen gingen in Bosten zu erhöhter Notiz um. Defferr. Fonds sind fest, russische still, nur Boden-Credit und große polnische Schatzobligationen nahmen eine Ausnahmestellung ein, sie sind auch erhöht, während sich die Prämien-Anleihen drückten. Russische Prioritäten sind fest, Kozlow-Baronich höher und belebt, eben so Kizian Kozlow nicht vernachlässigt, Kelez-Drel 75 1/2; sonst waren von Prioritäten noch Maktlicher belebt. Eisenbahnen blieben ohne Anregung, nur für Maktlicher-Bosener fehlte es nicht an einer solchen, die meistens den Rückgang belinderte; Freiburger haben sich wieder erholt; alte Magdeburger-Prioritäten zogen abermals an; die Mehrzahl der Bahnactien hielt festen Stand, oder veränderte ihn nur höchst unbedeutend, Mainzer gaben etwas nach. Von Banken hoben sich Darmstädter Fettel, Meininger, Gothaer, Bremer und Kassener, während preussische Bankantheile und Leipziger sich stärker drückten, und Commerse und Genfer sich nicht voll behaupteten; das Geschäft umfasste überall nur kleine Summen. Preussische Fonds sind in fester Haltung, Anleihen sind ziemlich belebt, Prämien-Anleihe höher. Wechsel still. — Prämie für Amerikaner per ult. Juni 77 1/2—1/2, per ult. Juli 77 1/2—1. (B. u. S. Z.)

[Breslauer Börse vom 29. Mai.] Schluss-Course. (1 Uhr Nachm.) Russisch Papiergeld 83 1/2—1/2 bez. Defferr. Bantnoten 87 1/2—1/2 bez. Schles. Rentenbriefe 91 1/2 bez. Schles. Bantbriefe 83 1/2 bez. Defferr. National-Anleihe 54 Gd. Freiburger 113 Gd. Reiffe-Brieger —. Oeffentliche Lit. A. und C. 185 1/2 Gd. Wilhelmshafen 88 1/2 bez. u. Gd. Oppeln-Zarnowitzer 76 1/2 Br. Defferr. Creditbank-Aktien 82 1/2 bez. Schles. Bant-Verein 114 1/2 Gd. 1860er Loose —. Amerikaner 77 1/2—1/2 bez. Warschau-Wiener 59 1/2 bez. u. Gd. Minerba 36 1/2—1/2 bez. Baier. Anleihe —. Italiener 50 1/2 bis 1/2 bez.

Breslau, 29. Mai. Preise der Cerealien. Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergrößen. sein mittel ordin. sein mittel ordin. Weizen, weißer 97—100 94 84—90 Gerste 52—54 50 45—48 u. gelber, 95—97 90 80—85 Hafer 36—37 35 33—34 Roggen, schlef. 67—69 65 62—63 Erbsen 66—68 63 56—60 do. fremder 67—69 63 57—60

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 16 1/2 Br., 16 1/2 Gld. Officiell gefündigt: — Ctr. Weizen. 1000 Ctr. Roggen. — Ctr. Weindl. — Ctr. Rüböl. 30,000 Qrt. Spiritus. — Ctr. Rapskuchen. — Ctr. Hafer.

Berliner Börse vom 28. Mai 1868.

Fonds und Geld-Course.	Eisenbahn-Stamm-Aktion.
Preuss. Staats-Anl. 1865/66 103 1/2 bz.	Dividende pro 1866/67.
Staats-Anl. von 1868/69 103 1/2 bz.	Aachen-Maastricht 4 1/2 — 4 38 1/2 bz. G.
dito 1864/65 103 1/2 bz.	Amsterd. Rottd. 4 1/2 — 4 101 1/2 bz. G.
dito 1867/68 103 1/2 bz.	Berg-Märkische 4 1/2 — 4 130 1/2 bz. G.
dito 1866/67 103 1/2 bz.	Berlin-Anhalt 13 1/2 — 4 210 1/2 et. bz. G.
Staats-Schatzscheine 3 1/2 bz.	Berlin-Görlitz 4 1/2 — 4 77 1/2 bz. G.
Präm.-Anl. von 1865/66 111 1/2 bz.	ditto St.-Prior. — — 4 56 1/2 bz. G.
Berliner Stadt-Oblig. 4 1/2 bz.	Berlin-Hamburg 9 1/2 — 4 106 1/2 G.
Kur.-u. Neumark 3 1/2 bz.	Berlin-Potsd.-Mgd. 16 — 4 192 1/2 bz.
Pommersche 3 1/2 bz.	Berlin-Stettin 8 1/2 — 4 136 1/2 bz.
Posenische 3 1/2 bz.	Böhm.-Westb. 5 — 4 54 1/2 bz.
ditto neue 4 1/2 bz.	Breslau-Freib. 4 1/2 — 4 113 1/2 bz.
Schlesische 3 1/2 bz.	Breslau-Minden 9 1/2 — 4 182 1/2 bz. G.
Kar.-u. Neumark 3 1/2 bz.	Costa-Oderberg 2 1/2 — 4 85 1/2 bz. G.
Pommersche 3 1/2 bz.	ditto St.-Prior. 4 1/2 — 4 81 1/2 bz. G.
Posenische 3 1/2 bz.	ditto dito 5 — 4 94 1/2 bz.
ditto neue 4 1/2 bz.	Galiz. Ludwigsb. 10 1/2 — 4 63 1/2 bz.
Schlesische 3 1/2 bz.	Ludwigsb. Bxh. 10 1/2 — 4 151 1/2 G.
Kar.-u. Neumark 3 1/2 bz.	Magd.-Halberst. — — 4 162 1/2 bz.
Pommersche 3 1/2 bz.	Magd.-Leipzig 4 — 4 222 1/2 bz.
Posenische 3 1/2 bz.	Mainz-Ludwigsb. 2 — 4 130 bz.
Westph.-u. Rhein. 4 1/2 bz.	Neckarburger 2 — 4 71 1/2 bz.
Sächsische 4 1/2 bz.	Nissa-Brüger 4 — 4 94 1/2 bz. G.
Schlesische 4 1/2 bz.	Niedersch.-Märk. 4 — 4 89 1/2 G.
Louisdr. 112 1/2 G. (Oest. Bk. 87 1/2 bz.)	Niedersch. Zweg. — — 4 77 bz. G.
Goldr. 1 1/2 G. (Russ. Bkn. 85 1/2 bz.)	Nordbahn, Hosa. — — 4 113 1/2 bz.

Asiatische Fonds.	Eisenbahn-Prioritäts-Aktion.
Oesterr. Metallbank 48 G.	Berg-Märkische 4 1/2 — 4 97 1/2 G.
ditto Nat.-Anl. 5 53 1/2 bz.	ditto II. 4 1/2 — 4 94 1/2 G.
ditto Lot.-u. A. 50 50 1/2 bz.	ditto III. 4 1/2 — 4 92 1/2 G.
ditto 64 — 50 1/2 bz.	ditto III. v. St. 2 1/2 — 4 73 1/2 bz. G.
ditto 54er Pr.-A. 65 G.	Obl.-Minden 4 1/2 — 4 91 1/2 G.
ditto Eisenb.-L. 76 1/2 G.	ditto II. 6 1/2 — 4 101 1/2 bz.
ditto neue Spec. Anl. 5 49 1/2 bz.	ditto III. 4 1/2 — 4 81 1/2 G.
Italien. Anl. 1862/63 84 1/2 bz.	ditto IV. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.
ditto Poln. Sch.-Obl. 66 1/2 bz. G.	ditto V. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.
Poln.-Pfund. III. Rm. 4 63 1/2 bz. G.	ditto VI. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.
ditto Liq.-Pfund. 4 53 1/2 bz.	ditto VII. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.
Poln. Obl. a 500 Fl. 4 97 1/2 G.	ditto VIII. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.
ditto a 300 Fl. 5 92 G.	ditto IX. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.
Kurbass. 40 Thlr. Obl. — 56 1/2 bz.	ditto X. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.
Baden. 35 Fl. Loose — 29 1/2 et. bz.	ditto XI. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.
Amerikan. St.-Anl. 6 77 1/2 bz.	ditto XII. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.

Eisenbahn-Prioritäts-Aktion.	Bank- und Industrie-Papier.
Berg-Märkische 4 1/2 — 4 97 1/2 G.	Berl. Kassen-V. 12 1/2 — 4 159 1/2 G.
ditto II. 4 1/2 — 4 94 1/2 G.	Krausnick-B. 8 1/2 — 4 99 1/2 G.
ditto III. 4 1/2 — 4 92 1/2 G.	Bremser Bank 8 1/2 — 4 113 1/2 et. bz.
ditto III. v. St. 2 1/2 — 4 73 1/2 bz. G.	Danziger Bank 8 1/2 — 4 106 1/2 G.
Obl.-Minden 4 1/2 — 4 91 1/2 G.	Darmst. Zettelb. 4 — 4 87 et. bz.
ditto II. 6 1/2 — 4 101 1/2 bz.	Geraer Bank 7 1/2 — 4 96 G.
ditto III. 4 1/2 — 4 81 1/2 G.	Gothaer — — 4 92 1/2 bz. G.
ditto IV. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.	Hannoversche B. 8 1/2 — 4 94 1/2 G.
ditto V. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.	Hamb. Nordb. 8 1/2 — 4 119 1/2 G.
ditto VI. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.	Hamb. Westb. 10 1/2 — 4 111 G.
ditto VII. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.	Königsberger B. 7 1/2 — 4 111 G.
ditto VIII. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.	Luxemburger B. 6 — 4 95 G.
ditto IX. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.	Magdeburger B. 7 1/2 — 4 95 G.
ditto X. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.	Posenener Bank 7 — 4 102 bz.
ditto XI. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.	Preuss. Bank-A. 13 1/2 — 4 153 bz.
ditto XII. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.	Thüringer Bank 4 — 4 70 B.
ditto XIII. 4 1/2 — 4 83 1/2 G.	Wilmars — — 4 95 1/2 G.

Asiatische Fonds.	Bank- und Industrie-Papier.
Oesterr. Metallbank 48 G.	Berl. Hand.-Ges. 8 — 4 117 1/2 bz. G.
ditto Nat.-Anl. 5 53 1/2 bz.	Coburg. Creditb. 4 — 4 72 1/2 G.
ditto Lot.-u. A. 50 50 1/2 bz.	Darmstädter 8 1/2 — 4 88 1/2 bz. G.
ditto 64 — 50 1/2 bz.	Dessauer — — 4 94 G.
ditto 54er Pr.-A. 65 G.	Disc. Com.-Anst. 8 — 4 113 1/2 bz.
ditto Eisenb.-L. 76 1/2 G.	Genfer Creditb. 4 — 4 24 1/2 G.
ditto neue Spec. Anl. 5 49 1/2 bz.	Leipziger — — 4 97 bz. G.
Italien. Anl. 1862/63 84 1/2 bz.	Maininger — — 4 96 bz.
ditto Poln. Sch.-Obl. 66 1/2 bz. G.	Moldauer Ldb. B. — — 4 74 1/2 G.
Poln.-Pfund. III. Rm. 4 63 1/2 bz. G.	Oesterr. Cred.-A. — — 4 92 1/2 et. 1/2
ditto Liq.-Pfund. 4 53 1/2 bz.	Schl. Bank-Vor. 7 1/2 — 4 114 1/2 B.
Poln. Obl. a 500 Fl. 4 97 1/2 G.	Minerva — — 5 36 G.
ditto a 300 Fl. 5 92 G.	Frz. Eisenb.-L. 10 12 1/2 — 4 137 1/2 bz.

Wochen-Course. Augsburg 100 Fl. ... 2 M. 56. 26 bz. Leipzig 100 Thlr. ... 8 T. 99 1/2 G. ditto dito 2 M. 56 1/2 G. Frankfurt a. M. 100 Fl. ... 2 M. 56 1/2 bz. Petersburg 100 S.-R. ... 3 W. 92 1/2 bz. ditto dito 3 W. 92 1/2 bz. Warschau 20 S.-R. ... 8 T. 83 1/2 bz. Bremen 100 Thlr. Gold 8 T. 111